

(KW 07)

## Abgeordnete diskutieren mit Herbert Reul über Europapolitik

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Herbert Reul, war in dieser Woche zu Gast in der CDU-Landtagsfraktion. Dabei berichtete er über aktuelle Entwicklungen in der europäischen Politik. Reul betonte in diesem Zusammenhang, dass die EU ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Europa brauche. Dabei lobte er ausdrücklich den Kurs von Bundeskanzlerin Merkel. Von der rot-grünen Landesregierung verlangte er dagegen mehr Engagement. „Ministerpräsidentin Kraft bekennt sich zwar in schönen Sonntagsreden zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen oder zum Ziel, den Anstieg der Energiepreise in den Griff kriegen zu wollen. Aber sie handelt nicht. Sie hat keinen konsequenten Kurs“, sagte Reul.

Darüber hinaus sei es wichtig, den Bürgerinnen und Bürger ganz konkret zu verdeutlichen, welchen Mehrwert die europäische Einigung habe. Reul: „Die EU hat beispielsweise dafür gesorgt, dass wir sichere Kinderspielzeuge oder sinkende Telefongebühren im Ausland haben. Diese und weitere Errungenschaften nützen uns allen. Ich bin aber genauso dafür, die Dinge klar beim Namen zu nennen, bei denen die EU zu viel geregelt hat.“

Der CDU-Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzende Armin Laschet teilte diese Ansichten: „Die CDU Nordrhein-Westfalen war schon immer die Europapartei. Daher wollen wir als Partei und als Landtagsfraktion unseren Teil dazu beitragen, die Bürgerinnen und Bürger für das europäische Projekt zu begeistern.“ Zur aktuellen Debatte um die Schweizer Volksabstimmung zur Freizügigkeit mahnte Laschet eine sachliche Debatte an. „Der Schweiz muss klar sein: Die bilateralen Abkommen mit der EU regeln nicht nur die Freizügigkeit, sondern auch den Zugang zum Binnenmarkt und die Zollfreiheit. Wenn die Schweiz dies nicht mehr will, wird sie in Zukunft auch keinen erleichterten Zugang zur EU haben können. Wer gegen Deutsche und andere EU-Bürger Stimmung macht, kann nicht gleichzeitig von Geschäften in Deutschland profitieren. Das dürfte weder im Sinne der Schweiz noch der EU sein.“

### Pressestelle

**Axel Bäumer** - Pressesprecher  
**Axel Birkenkämper** - Pressesprecher  
**Andrea Machaczek** - Sekretariat/Internet

Tel: (0211) 884-2213

Tel: (0211) 884-2355  
Tel: (0211) 884-2018  
Tel: (0211) 884-2377

Mobil (0151) 1 884 10 71  
Mobil (0151) 1 884 10 73  
Mobil (0151) 1 884 10 77

[cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de](mailto:cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de)

[axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de](mailto:axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de)  
[axel.birkenkaemper@cdu-nrw-fraktion.de](mailto:axel.birkenkaemper@cdu-nrw-fraktion.de)  
[andrea.machaczek@cdu-nrw-fraktion.de](mailto:andrea.machaczek@cdu-nrw-fraktion.de)

## **CDU-Fraktion will Rechtsgrundlage für Meldeauflagen im Polizeigesetz verankern**

Nordrhein-Westfalen war in den letzten Wochen und Monaten mehrfach Schauplatz brutaler Auseinandersetzungen im Umfeld von Fußballspielen. Auffällig ist, dass diese Krawalle zunehmend außerhalb der Stadien stattfinden. So zum Beispiel wie bei der Hooligan-Massenschlägerei am 18. Januar 2014 in der Kölner Innenstadt, bei der einer Person das Gesicht mit einer Eisenstange zertrümmert wurde, oder die Erstürmung des Bielefelder Weihnachtsmarktes durch vermummte Anhänger von Dynamo Dresden am Nikolaustag 2013, bei der insgesamt 21 Polizeibeamten und ein Polizeipferd verletzt wurden. Die CDU-Landtagsfraktion hat auf diese Gewaltexzesse reagiert und in dieser Woche einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem das Instrument der Meldeauflage im NRW-Polizeigesetz verankert werden soll. Der Gesetzentwurf (16/5038) wird am kommenden Donnerstag in erster Lesung im Plenum beraten.

Durch die Verhängung von Meldeauflagen kann effektiv verhindert werden, dass polizeibekanntes Gewalttäter überhaupt zu Fußballspielen anreisen, weil sie sich pünktlich zum Anpfiff bei ihrer örtlichen Polizeiwache melden müssen. Dadurch bleibt den friedlichen Fans, den Vereinen und nicht zuletzt der Polizei eine Menge Ärger erspart. Denn: Wer sich zu Spielbeginn z.B. bei der Polizei in Dortmund melden muss, kann nicht zur gleichen Zeit in der Kölner Innenstadt oder in einem Fußballstadion randalieren. Meldeauflagen sind nach geltendem Recht zwar bereits möglich, werden von der Polizei aber nicht mit der gebotenen Konsequenz verhängt, weil dafür keine spezielle Ermächtigungsgrundlage im NRW-Polizeigesetz existiert. Die Polizei hat den Gesetzgeber deshalb wiederholt aufgefordert, für dieses Instrument endlich eine spezielle Eingriffsbefugnis im Polizeigesetz zu schaffen. Diesem Wunsch trägt der Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion Rechnung.

## **Rot-Grün muss Versorgungsengpässe in der Ü3-Betreuung beseitigen**

Die rot-grüne Landesregierung muss deutlich mehr tun, um die Versorgungsengpässe in der Ü3-Betreuung zu beseitigen: Das ist das Ergebnis der Anhörung im Familienausschuss in dieser Woche zu einem Antrag der CDU-Landtagsfraktion (Drucksache 16/4431). Die Experten haben dabei die aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion drängenden Herausforderungen bestätigt. Rot-Grün verkennt die Probleme, die der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz mit sich bringt. Die Gruppen werden nicht nur vollgestopft und vergrößert. Oftmals gibt es für Ü3-Jährige überhaupt keinen Platz mehr. Hier muss dringend etwas passieren. Starre Belegungszwänge müssen gelockert und praktikable wie flexible Lösungen für dieses Problem gefunden werden. Doch SPD und Grüne ergreifen bislang überhaupt keine Initiative. Offenbar ist der Kindergarteneintritt mit drei Jahren von dieser Landesregierung politisch nicht mehr gewollt, weil er nicht dem rot-grünen Bild von Kindererziehung entspricht.

Problematisch ist insbesondere, dass die Versorgungsengpässe oftmals zu einer verdeckten Krippenpflicht führen. Viele Eltern bekommen inzwischen den Rat, ihr Kind bereits so früh wie möglich in den Kitas anzumelden, anstatt sie zu Hause zu erziehen oder sie in die Tagespflege zu geben. Ansonsten – so wird ihnen mitgeteilt – hätte man später keinen Platz für ihr Kind, sobald es drei Jahre ist. Das ist eine unzulässige Einschränkung der Elternwahlfreiheit. Ein weiteres Problem ist zudem, dass schon jetzt Zweijährige nicht selten einen befristeten Betreuungsvertrag erhalten und sich nach einem Jahr wieder eine neue Einrichtung suchen müssen.

## **Experten unterstützen einhellig CDU-Forderung nach Entlastung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben**

Lehrerinnen und Lehrer haben die Aufgabe, Unterricht zu erteilen und nicht zunehmend Verwaltungsaufgaben zu erledigen. Dieser Meinung sind neben der CDU-Landtagfraktion auch die in dieser Woche im Schulausschuss angehörten Sachverständigen, die sich einhellig für die Einführung von Schulverwaltungsassistenten an NRW-Schulen ausgesprochen haben. Als Grundlage für das Expertengespräch diente der Antrag der CDU-Fraktion „Landesweite Einführung der Schulverwaltungsassistenz zur Verbesserung der Schulqualität in Nordrhein-Westfalen“ (Drucksache 16/2634).

Das von der CDU-Regierung 2007 auf den Weg gebrachte Pilotprojekt „Schule und Verwaltung in einem Boot“ hat gezeigt, dass es zu deutlichen Qualitäts- und Effizienzverbesserungen an den beteiligten Schulen gekommen ist. Schulverwaltungsassistenten unterstützen Schulleitungen und Lehrkräfte beispielsweise bei der statistischen Aufarbeitung von Schuldaten, der Betreuung von Lehr- und Lernmitteln, der Öffentlichkeitsarbeit oder der Pflege von Schulbibliotheken. Zudem wirken sie bei der Erstellung der Stunden-, Vertretungs- und Aufsichtsplänen mit. Lehrerinnen und Lehrer haben durch den Einsatz von Schulverwaltungsassistenten viel mehr Zeit für ihre Kernaufgabe, nämlich das Unterrichten.

Zur Deckung des Bedarfs können nach Vorstellung der CDU Effizienzgewinne in der Landesverwaltung und im Schulsystem zur Entlastung der Lehrer in den Schulen genutzt werden. Es ist Aufgabe der Landesregierung, dieser dringlichen Forderung nach Entlastung nachzukommen und damit zur Verbesserung der Unterrichtsqualität beizutragen.

## **Chemische Industrie muss Motor des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen bleiben**

Die Chemie- und Pharmaindustrie gehört zu den Schlüsselindustrien in Nordrhein-Westfalen. Mit über 100.000 Beschäftigten befindet sich fast jeder vierte deutsche

Chemiearbeitsplatz in Nordrhein-Westfalen. Die 480 Chemie- und Pharmaunternehmen in unserem Land erwirtschaften jährlich rund 30 Prozent des Umsatzes der deutschen chemischen Industrie – etwa 54 Milliarden Euro. Als energieintensive Industriezweige sind die Chemie- und Pharmaindustriebetriebe auf sichere und kostengünstige Energieversorgung angewiesen, damit sie in Deutschland wettbewerbsfähig produzieren und ihre Position am Weltmarkt halten zu können. Damit das so bleibt, fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung jetzt in einem Antrag dazu auf, die Rahmenbedingungen für die chemische und pharmazeutische Industrie in NRW zu verbessern. Dazu zählen

- die Abschaffung des nordrhein-westfälischen Klimaschutzgesetzes und der Verzicht auf einen separaten Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen,
- die Unterstützung einer Reform des EEG zur Stärkung des Industriestandortes NRW,
- die Stärkung der Verbundstandorte, insbesondere durch beschleunigte Genehmigungsverfahren von Pipeline-Projekten unter Beibehaltung maximaler Sicherheitsanforderungen, und
- die Rücknahme des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine.

Die Chemie- und Pharmaindustrie ist weltweit eine *der* Wachstumsbranchen. Laut einer Prognos-Studie wird die chemische Industrie bis 2030 weltweit überdurchschnittlich wachsen. Wenn wir verhindern wollen, dass dieses Wachstum künftig außerhalb von Nordrhein-Westfalen stattfindet, müssen wir Sonderbelastungen vermeiden. Nordrhein-Westfalen kann es sich nicht erlauben, dass die rot-grüne Landesregierung einem so wichtigen Industriezweig weiterhin Knüppel zwischen die Beine wirft und damit ein „Desinvestitions-Klima“ schafft. Andernfalls droht ein schleichendes Abwandern der Chemieindustrie.

## **Frau Schulze drängt Hochschulen weiter zur Notwehr**

Die Landesrektorenkonferenz der Universitäten hat in dieser Woche noch einmal deutlich gemacht, dass die Universitäten in Nordrhein-Westfalen nicht die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit dem Land unterzeichnen können. Nach Ansicht der CDU-Landtagsfraktion ist dafür allein die rot-grüne Landesregierung verantwortlich: Die Ministerin rennt sehenden Auges mit dem Kopf gegen die Wand. Mit ihrem sturen Festhalten am Hochschulermündigungsgesetz macht sie jeden vernünftigen Dialog unmöglich. Die rot-grüne Universitätsplanwirtschaft entzieht unseren Hochschulen die dringend notwendige planerische und finanzielle Freiheit. Deshalb wäre jede unterzeichnete Vereinbarung nichts als Makulatur. Doch Frau Schulze drängt die Hochschulen weiter zur Notwehr.

Die CDU-Landtagsfraktion steht an der Seite der Hochschulen. Dass die Ministerin unterschiedliche Auffassungen über Abbrecherquoten für die Nicht-Einigung bei den Ziel-

und Leistungsvereinbarungen verantwortlich macht, ist eine peinliche Schutzbehauptung. Nicht einzelne Formulierungen und Quoten sind das Problem. Das Problem ist das komplette Hochschulmündigungsgesetz. Das Problem ist das komplette staatsobrige Denken der rot-grünen Wissenschaftspolitik. Die Herausforderungen des Forschungsstandorts Nordrhein-Westfalen im 21. Jahrhundert lassen sich nicht dadurch lösen, dass eine Ministerin von oben herab verordnet, was gelehrt werden soll und worüber zu forschen ist.

## **Gedankenaustausch mit dem Arbeitskreis Pflege und Gesundheit der Frauenunion NRW**

Zu einem Gedankenaustausch zu gesundheits- und pflegepolitischen Themen besuchte in dieser Woche die ehemalige Landtagsabgeordnete und Seniorenbeauftragte der damaligen Landesregierung, Angelika Gemkow (Foto 5.v.li.), den Arbeitskreis Arbeit, Gesundheit und Soziales der CDU-Landtagfraktion.

Hierbei wurden unter anderem das laufende Gesetzgebungsverfahren zum Alten- und Pflegegesetz und Wohn- und Teilhabegesetz (GEPA NRW) sowie weitere Problemfelder im Bereich der Pflege erörtert. Die Ausbildungssituation in der Altenpflege war ebenso ein Thema wie die Situation der pflegenden Angehörigen. Der Arbeitskreis wird bei seiner Klausurtagung im März in Berlin ein Gespräch mit dem Bevollmächtigten der Bundesregierung für Patienten und Pflege, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, führen und die Novellierung der Altenpflegeausbildung diskutieren.



Der konstruktive Gedankenaustausch mit dem Arbeitskreis Pflege und Gesundheit der Frauenunion NRW soll fortgeführt werden.



## **CDU begrüßt Vorschlag für demografieunabhängiges Regionalnetz mit Bus und Bahn**

Die ÖPNV-Zukunftskommission hat in dieser Woche ihre Ergebnisse vorgestellt. Jetzt ist die Landesregierung gefragt, die Kommissionsvorschläge umzusetzen. Was Nordrhein-Westfalen braucht, sind konkrete Antworten auf die riesigen Herausforderungen im Nahverkehr im ganzen Land. In den Ballungsräumen geht es um die Bewältigung der Fahrgastströme insbesondere in der Rush-Hour und die Frage der Instandhaltung von teils überalterten Stadtbahnssystemen. Hierfür müssen belastbare Finanzierungsinstrumente gefunden werden. Zudem muss die rot-grüne Landesregierung künftig erfolgreicher als bisher beim Bund verhandeln, um den Nordrhein-Westfalen zustehenden Anteil zu erhalten.

Auf dem Land wie auch in schrumpfenden Stadtteilen dagegen geht es darum, ein attraktives Grundangebot auch bei sinkender Bevölkerungszahl finanzieren zu können. Anrufsammeltaxen und ehrenamtlich betriebene Bürgerbusse sind hierfür sinnvolle Ergänzungen – nicht mehr und nicht weniger. Was dringend erforderlich ist, ist ein demografieunabhängiges, zuverlässiges und attraktives Grundangebot für die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum. Hierzu hat die ÖPNV-Kommission einen sehr guten Vorschlag erarbeitet: die Schaffung eines „Qualifizierten Regionalnetzes“ mit Bus und Bahn. Es kann nicht sein, dass Regionen mit Schienenstrang den Bahnverkehr vom Land bezahlt bekommen, Regionen ohne Schiene ihre Hauptbuslinien aber seit Jahrzehnten selbst bezahlen müssen. Ein qualifiziertes Grundnetz - egal ob mit Bahn oder Bus - würde endlich faire Voraussetzungen für attraktive Nahverkehrsachsen im ganzen Land schaffen.

## **CDU fordert mehr Engagement der Landesregierung zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit**

In Nordrhein-Westfalen gibt es viele Kommunen, die mit knappen Finanzen zu kämpfen haben. Daher muss über die Stadtgrenzen hinaus geschaut und darüber nachgedacht werden, in gewissen Bereichen mit anderen Städten zusammenzuarbeiten. Das kann Kosten sparen und helfen, Haushalte der Kommunen zu entlasten. Für die CDU-Landtagsfraktion ist die so genannte Interkommunale Zusammenarbeit daher ein ganz wichtiges Aufgabenfeld zum Erhalt der kommunalen Handlungsfähigkeit. Das gilt in besonderem Maße aufgrund des demografischen Wandels. Die Anforderungen an die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Die Interkommunale Zusammenarbeit kann eine wirksame Maßnahme darstellen, die Verwaltung flexibel, bürgerfreundlich und ebenso effektiv zu organisieren.

Daher fordert die CDU-Landtagsfraktion mit dem Antrag „Chancen nutzen – Kommunale Kooperationen verbessern“ (Drucksache 16/5039) die Landesregierung dazu auf, die Kommunen bei der interkommunalen Zusammenarbeit besser zu unterstützen. Dafür müssen die gesetzlichen Regelungen flexibler gestaltet werden und – über eine

Experimentierklausel im Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit – die Erprobung neuer Kooperationsformen ermöglicht werden. Mit der Einrichtung eines „Zentrums für interkommunale Kooperationen“ sollen die Möglichkeiten und Chancen der kommunalen Zusammenarbeit aufgezeigt, für eine vertiefte kommunale Zusammenarbeit geworben und den Kommunen bei der Vorbereitung und Umsetzung von Kooperationen beratend zur Seite gestanden werden. Auf welchen Ebenen eine solche interkommunale Zusammenarbeit Sinn macht und wo nicht, ist eine Entscheidung vor Ort. Das Land muss aber die optimalen Rahmenbedingungen dafür schaffen.